



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Garantien für die deutschen Schulen in Polen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

läßt, was jenseits der Proßna polnische Erde ist. Nur wenn dies geschieht, wird das selbständige Königreich Polen, dessen Neugründung ich seit lange für möglich und notwendig gehalten habe, dem deutschen Volke und Staate zum Gedeihen, nicht zum Verderben gegründet sein. Der Deutsche hofft gern. Wir dürfen, meine ich, trotz allem solch eine erspriessliche Lösung der mit der polnischen Frage unnötigerweise verquickten litauischen post tot discrimina rerum erhoffen.



Garantien für die deutschen Schulen in Polen

Don **



or kurzem ist in Lodz, dem Mittelpunkte des Deutschtums in Polen, die Gründung einer deutschen Schulgemeinde Lodz beschlossen worden, nachdem bereits zweihundert ähnliche Vereinigungen im ganzen Lande entstanden waren. Sie alle wollen sich nun zu einem deutschen Landesschulverband für Polen zusammenschließen. Dabei handelt es sich nicht so sehr um die Gründung neuer Schulen als darum, den bereits seit langer Zeit bestehenden ihren deutschen Charakter zu erhalten. Denn das deutsche Schulwesen in Polen wäre in seinem Bestande gefährdet, wenn die Polen nach dem Kriege Herren im eigenen Lande würden, ohne vorher bindende Garantien für den Schutz der deutschen Minderheit gegeben zu haben. Aus diesem Grunde haben seinerzeit die Deutschen in Polen die Ankündigung des zukünftigen Königreichs Polen nicht ohne starke Besorgnis aufgenommen, zugleich aber ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß die jetzige deutsche Verwaltung nicht aus dem Lande gehen werde, ohne daß wirksame Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheit getroffen wären.

Es stehen beträchtliche nationale Werte in Frage. Die Deutschen machen in Polen ungefähr 5,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, sie zählen rund sechshunderttausend Seelen. Diese sind nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern erreichen in einigen Kreisen, und zwar in Kolonistendörfern oder Städten, ein Fünftel bis ein Drittel der gesamten Volkszahl; dagegen kommt in anderen Teilen des Landes, namentlich im Süden und Nordosten, der

deutsche Bevölkerungsanteil nur auf 1 Prozent (in diesen Gegenden gibt es natürlich keine deutschen Schulen). Die Deutschen sind zum größten Teil evangelisch, und umgekehrt sind die Mitglieder der evangelischen Kirche zumeist Deutsche. Nicht alle haben sich vor Polonisierung oder Russifizierung bewahrt, aber es gibt doch, namentlich auf dem Lande, noch eine ganze Reihe von Siedlungen, in denen sich die deutsche Sprache und Sitte gut erhalten hat. Ihr Schulwesen hatte seit 1870 unter planmäßiger Russifizierungsarbeit zu leiden; erst nach der Revolution von 1905 durfte das Deutsche wieder als Unterrichtssprache neben Russisch oder Polnisch gewählt werden. Natürlich haben diese Umstände die Entfaltung des deutschen Schulwesens gehemmt.

Dabei war die Entwicklung auf dem Lande und in den Städten verschieden. Auf dem Lande, wo die Kantoren unterrichteten, gab es im ganzen etwa neunhundert Kantoratschulen. Bemerkenswert ist nun, daß diese Schulen von der russischen Regierung im Jahre 1864 reichsgesetzlich anerkannt wurden, daß ihre Kampf- und Leidenszeit aber anfang, als das polnische Bauerntum in seinem nationalen Bewußtsein erstarbte. Da wurden die Deutschen zu den Lasten der neuerrichteten Gemeindeschulen mit herangezogen, also mit doppelter Schulsteuer beschwert, daher denn die Kantoratschulen zurückgingen, schließlich den Deutschen aus der Hand glitten und unter das Aufsichtsrecht der Behörden gerieten. In den Städten war die Entwicklung anders. Lodz vor allem — wir folgen hier den von der Warschauer Presseabteilung herausgegebenen „Warschauer Mitteilungen“ — besaß seit 1831 durch fünfundvierzig Jahre eine deutsche Elementarschule, bis, in den siebziger Jahren, die Stadt immer mehr Industriestadt wurde und die polnischen Arbeiter ein großes zahlenmäßiges Übergewicht erhielten. 1906 gestand die russische Regierung der deutschen Bürgerschaft eine besondere Schulkasse zu, und gleichzeitig gründeten deutsche Unternehmer einen deutschen Gymnasial- und Realschulverein, der leider nicht zum Ziele kam; denn er errichtete zwar 1910 eine reich ausgestattete Anstalt, sie erlag aber in kurzer Zeit der Russifizierung. Erst im August 1915, also nach der deutschen Besetzung wurde ein neues deutsches Realgymnasium eröffnet, das sich seither zu einem Vollgymnasium mit mehr als sechshundert Schülern ausgewachsen hat. In Pabianice ist in der Kriegszeit ein deutsches Progymnasium entstanden. 1915 bildete sich auch der deutsche Lycealverein, der dann im April 1916 das Luise-Lyceum (jetzt acht Klassen mit über dreihundert Schülerinnen) in Lodz eröffnete. Schon in russischer Zeit besaß die weibliche deutsche Jugend in Lodz eine private Mädchenschule, die heute ebenfalls etwa dreihundert Schülerinnen zählt. Eine deutsche Bürgerschule endlich, die den deutschen Mittelschulen nachgebildet ist, setzt in Lodz in vierjährigem Lehrgang die Ausbildung der Volksschulen fort. Auch eine deutsche Volksschule wurde Ende 1916 mit vierhundertfünfzig Kindern in neun Klassen eröffnet, und für Kindergärten und Fröbelschulen wurde gleichfalls gesorgt. Soviel in Kürze über den bisherigen Bestand des deutschen Schulwesens in Polen.

Unter dem Schutze der deutschen Okkupation schlossen sich nun die Deutschen Polens in zunehmendem Maße zusammen und faßten die Lösung von Schulaufgaben entschieden ins Auge. Im März 1916 wurde der Deutsche Verein für Lodz und Umgebung gegründet, der heute ungefähr hundertvierzigtausend Mitglieder zählt; er hat Fortbildungskurse für die Jugend veranstaltet, eine Schulabteilung eingerichtet und sich eine Jugendabteilung angeschlossen. Ein deutscher Lehrerverein, im März 1917 ebenfalls in Lodz gegründet, arbeitet an der Hebung des Lehrerstandes und des deutschen Schulwesens überhaupt.

Natürlich kann nun die deutsche Verwaltung nicht daran denken, diese Werte, die zum guten Teil mit ihrem Beistand geschaffen worden sind, wieder preiszugeben in der Annahme etwa, die Polen würden glimpflicher damit verfahren als die Russen. Zwar bezeichnen sich die Polen bei jeder Gelegenheit, in Wort und Schrift, als eines der tolerantesten Völker, die es je gegeben, aber wer sich darauf verlasse, müßte die Geschichte, auf die sie sich berufen, in der Tat nicht kennen. So heißt es z. B. in einem Berichte des Lodzger deutschen Schul- und Bildungsvereins: „Vor dreißig Jahren hatten die in Polen lebenden Deutschen noch überall ihre deutschen Schulen, die von ihnen verwaltet wurden. Als die russische Unterrichtssprache in allen Schulen obligatorisch eingeführt wurde, wurden die deutschen Schulen mit den polnischen vereinigt, und jetzt begann ein systematisches Verschieben des Verhältnisses der polnischen und deutschen Schullehrer und Schulkinder zugunsten der Polen. Vor zwanzig Jahren waren in den städtischen Elementarschulen noch mehr als die Hälfte der Schulkinder Deutsche. Da aber als Lehrer nur sehr selten Deutsche, sondern stets nationale Polen angestellt wurden, so bevorzugten diese bei der Aufnahme die Kinder polnischer Nationalität, was bei dem großen Andrang einen großen Nachteil für die deutschen Kinder bildete. Immer mehr verschob sich das Verhältnis zugunsten der Polen, denn es wurden überhaupt keine deutschen Lehrer mehr angestellt und 1907 war nur noch ein Viertel der Schüler Deutsche. Dieses Verhältnis war um so krasser, als die Deutschen in Lodz von der Gesamtsumme der Schulsteuer 60 Prozent aufbrachten. Wir sehen, daß im Jahre 1897 noch 1238 deutsche Schüler oder 44 Prozent in den vorhandenen Schulen Platz hatten; 1906 war diese Zahl, trotz der großen Vermehrung der Einwohnerzahl, auf 1138 oder 27 Prozent herabgesunken, dagegen die Zahl der polnischen Schüler von 1609 auf 3143 gestiegen; im Jahre 1907 hatten elf Schulen überhaupt keine deutschen Schüler mehr. Es hätte keine zehn Jahre mehr gedauert und alle deutschen Schüler wären ausgesperrt gewesen“. Wohlgemerkt, das machten die Polen, nicht die Russen.

Neuerdings ist die ganze Schulfrage besonders brennend geworden, da nach Presseberichten unter den Verwaltungszweigen, die schon in nächster Zeit dem provisorischen Staatsrat in Warschau übertragen werden sollen, — das Gerichtswesen soll, wie gemeldet wurde, im August übergeben werden — auch die

Schulverwaltung sich befindet. Befürchtungen, daß dies geschehen könnte, ohne daß den Polen genau formulierte Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit auferlegt würden, sind zwar in der reichsdeutschen Presse hin und wieder geäußert worden, aber doch nur von sehr einseitigen Beurteilern. Ein Grund zu solchem Argwohn gegenüber der deutschen Verwaltung liegt jedenfalls nicht vor, die ganze Geschichte des deutschen Schulwesens in der Zeit der deutschen Okkupation spricht bestimmt dagegen. Die Versammlungen, die die Deutschen in Polen in letzter Zeit um dieser wichtigen Frage willen abgehalten haben, brachten denn auch derartige Besorgnisse nicht zutage.

Eine dieser Versammlungen beschloß z. B. am 19. Juli die eingangs erwähnte Gründung einer deutschen Schulgemeinde Lodz und eines deutschen Landesшколverbandes, in der Überzeugung, daß die Selbsthilfe unbedingt neben der augenblicklichen staatlichen Unterstützung des Reiches und namentlich in der Zukunft unerlässlich sei. In jener Versammlung wurde, nach der „Deutschen Lodzer Zeitung“, u. a. ausgeführt: „Da der zukünftige polnische Staat die deutschen Schulen als staatliche Anstalten nicht anerkennen wird und wegen der Konsequenzen für andere Minderheiten auch nicht anerkennen kann, so mußte ein anderer Ausweg gesucht werden. Man dachte an freie deutsche Schulvereine, die eigene Schulen unterhalten sollten, aber diese hätten nicht alle Deutschen erfaßt, auch hätten sie keine ausreichende Sicherheit für die finanziellen Grundlagen der Schulen bieten können, zudem wäre eine doppelte Belastung der deutschen Bürger durch staatliche Schulabgaben und Vereinsbeiträge die Folge gewesen. Nun zahlen aber die Deutschen hier nicht die wenigsten Steuern und haben also ein Anrecht, daß ein entsprechender Teil der vom Staate für Schulzwecke ausgeworfenen Gelder auch für ihre Schulen verwendet wird. Es muß deshalb erreicht werden, daß diese staatlichen Zuschüsse für die Zukunft garantiert werden. Die Wahrung des deutschen Charakters der Schulen müssen die Deutschen selbst in die Hand nehmen. . . Sie müssen ihren Einfluß besonders auf die Lehrernstellung und die Erhaltung der deutschen Unterrichtssprache ausüben.“ Ferner wurde hervorgehoben, daß die Mitglieder der deutschen Schulgemeinden vor einer Doppelbesteuerung durch Schullasten zu schützen seien. Dies alles, so wurde ausgeführt, müßte durch Verträge zwischen den maßgebenden Körperschaften sichergestellt werden. In der Tat, sonst könnten die Polen wenigstens heimlich oder mittelbar, etwa durch unzureichende Ausstattung der deutschen Schulen oder durch Druck bei der Verteilung der Schullasten, die deutsche Sprache und Kultur zu bekämpfen suchen.

Man ist sich in den Kreisen der Deutschen in Polen klar darüber, daß die Zeit der Okkupation die Stimmung der Polen gegen die Deutschen nicht günstig beeinflusst hat und daß daher nach dem Kriege keine wohlwollende Stellung des Polentums zu dem Deutschtum im eigenen Lande zu erwarten ist. Man weiß, daß die Polen eine großpolnische Nationalschule erstreben. So hat z. B. im Februar d. J. ein Stadtrat des österreichischen Okkupationsgebietes (Kielce)

sofortige Schritte zur Beseitigung der deutschen Sprache in den Volksschulen beschlossen; und in der Warschauer Stadtverordnetenversammlung hat am 17. Juli der polnische Nationalklub eine Erklärung — freilich angeblich nur zur jüdischen Frage — verlesen lassen, die folgende Grundsätze enthielt: a) „Im polnischen Reiche können öffentliche Gemeinde- und Staatsschulen nur polnisch sein, der Sprache wie dem Geiste nach. b) Aufgabe des polnischen Schulwesens ist die Heranbildung guter polnischer Bürger. Daher müssen die Schulen allgemein und Zwangsanstalten sein. c) Aus demselben Grunde müssen die gesamten Anfangsschulen sämtlichen Kindern ohne Unterschied der Konfession zugänglich sein.“

Es ist also gar kein Zweifel, daß von seiten der Polen den deutschen Schulen wirkliche Gefahr droht. Erfreulicherweise aber sind, wie man sieht, auch die Wächter bereits auf ihrem Posten, und sie haben längst mit den maßgebenden deutschen Stellen in Polen, in erster Linie mit dem Generalgouverneur selber, wegen dieser überaus bedeutsamen Frage persönliche Fühlung genommen, sodaß die Hoffnung berechtigt ist, daß, wenn die Schulverwaltung dem Staatsrat übergeben wird, die deutschen Minderheiten gesichert sein werden. Dann mögen die Polen in Gottes Namen die Verwaltung ihrer Schulen selber in die Hand nehmen, wenn sie dazu schon imstande sind, d. h. wenn sie bereits einen hinreichenden Beamtenstab besitzen. Wir haben dann gar kein Interesse daran und kein Bedürfnis, ihnen dabei länger im Wege zu sein, als unsere Sorge um die deutsche Minderheit gebietet.



Altes und mundartliches Sprachgut der vogtländischen Heimat

Von Theodor Hofmann



er im August 1914 unsere Feldgrauen unter dem Singen des Liedes „Vom Böglein im Walde“ und dem Ausdruck der Hoffnung auf ein Wiedersehen in der Heimat hat ins Feld ziehen sehen, der fühlte, daß die Heimat ihnen ein wertvolles Gut sei, für das sie gern Blut und Gut hingeben. Die Bedeutung der Heimat kam ihnen gerade jetzt, wo sie bedroht wurde, erst recht zum Bewußtsein. Und das hoffen wir alle, daß als eine Errungenschaft dieses gewaltigen Ringens ein größerer Stolz auf das Deutschtum zu buchen sein möge. Heimat-